

ERNÄHRUNG

Vom Acker

Jeder Landwirt soll künftig auch Wein anbauen dürfen – so will es die EU-Kommission. Winzerverbände wehren sich erbittert gegen die Konkurrenz.

In dürrer Jahren pressten sie 50 Liter Wein aus ihren Trauben, in den fetten Jahren 80 Liter. Mehr holten die Weinfreunde aus Grotzsch, einem Städtchen bei Leipzig, aus ihrem Mini-Weinberg an der alten Burgruine nie heraus.

Den sächsischen Hobbywinzern ging es auch nicht um Ertrag, sondern um Tradition. Schon vor fast tausend Jahren sollen Mönche hier Trauben zu Messwein gekeltert haben. Nachdem die Reben im Arbeiter-und-Bauern-Staat DDR einfachem Gemüse Platz machen müssen, knüpften die Weinfreunde in den neunziger Jahren ans Mittelalter an – und pflanzten rund 200 Weinstöcke der Sorten Müller-Thurgau, Kerner und Regent.

Doch den Bürokraten schmeckte nicht, was die Freizeitwinzer da trieben. Der Freistaat Sachsen forderte die Grotzsch auf, den größten Teil der Reben aus der Erde zu reißen. Seit 1976 gelte schließlich in der Europäischen Union (EU) ein strenger Anbaustopp für Wein.

Wer Rebstöcke setzen will, muss Pflanzrechte erwerben, die von einer zuvor stillgelegten Weinanbaufläche stammen müssen. Die Regelung schützt vor Überproduktion – und die professionellen Winzerbetriebe in traditionellen Weinbaugebieten vor Konkurrenz.

Weshalb 80 Liter eines säuerlichen Getränks aus sächsischer Freizeitproduktion den europäischen Weinmarkt durcheinanderbringen sollen, erscheint nicht nur den Bürgern von Grotzsch rätselhaft. Auch die EU-Kommission will das Reglement inzwischen nicht mehr. Sie beschloss, dass der derzeit noch gültige Anbaustopp ab 2015 auslaufen soll. Spätestens von 2018 an dürfte dann auf jedem Acker auch ohne Pflanzrechte Wein angebaut werden – in einem traditionsreichen Flusstal mit Hanglagen ebenso wie in jedem sächsischen Dorf und an der Nordseeküste.

Dass die Interessenvertreter der deutschen Profiwinzler von dieser Liberalisierung nichts halten, werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestags spätestens an diesem Mittwoch erfahren. Für diesen Tag hat der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zu einer öffentlichen Anhörung geladen. Die Lobby der Weinbauern will dort erreichen, dass sich die EU-Kommission mit ihren Plänen vom Acker macht.



Steillage an der Mosel: „Das Geschäft mit günstigen Weinen machen andere“

Das Auslaufen des Anbaustopps hätte „ausschließlich negative Auswirkungen für die deutsche Weinwirtschaft“, zürnte der Deutsche Weinbauverband vorab in einem Schreiben an die Ausschussmitglieder. Der Verband Deutscher Prädikatsweingüter sekundierte: Ein unkontrollierter Rebflächenausbau werde zu „weiterem Preisverfall im unteren Segment“ führen. Kleinere Betriebe drohten durch Billigkonkurrenten vom Markt geschwemmt zu werden, in schwierig zu bewirtschaftenden Steillagen seien „Weinbergsbrachen“ zu erwarten.

Verbündete aus der Politik haben die Winzerverbände reichlich. Neben den Landesregierungen der Weinbauländer – Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz – ist Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) auf ihrer Seite. Deutschland werde sich in Brüssel für eine Verlängerung der Regelung starkmachen, versprach ihr Parlamentarischer Staatssekretär Peter Bleser im Januar den Mitgliedern des Weinbauverbandes Rheinhessen. Eine „qualifizierte Mehrheit“ unter den EU-Mitgliedstaaten sei „schon sehr nahe“, sagte Bleser.

Das ist eine schlechte Nachricht für den Winzernachwuchs: „Ich schaue jeden Tag in die traurigen Augen von Studenten, denen der Anbaustopp die berufliche Perspektive raubt“, sagt der Wein-Ökonom Dieter Hoffmann von der renommierten Weinbau-Forschungsanstalt im hessischen Geisenheim. Wer einen Betrieb gründen wolle, habe keine andere Wahl, als zu warten, bis ein bestehender schließt. Dessen Pflanzrechte müsse der Gründer erwer-

ben, doch die Altwinzer ließen sich die Rechte meistens teuer bezahlen. Bis zu 30 000 Euro pro Hektar würden verlangt.

Auch wenn der Steillagen-Weinbau gern als Pflege einer Kulturlandschaft verklärt werde, dürften die Gesetze des Marktes nicht so weitgehend ausgehebelt werden, findet Hoffmann. Schlechte Lagen an Mosel oder Rhein, die auch bei hohem Aufwand nur mäßige Qualität lieferten, seien trotz des Winzer-Schutzschirms vielfach aufgegeben worden. Und den Siegeszug billiger Weine, die im Discountladen weniger als zwei Euro kosten, habe der Anbaustopp ebenso wenig verhindert. „Nur machen jetzt andere das Geschäft mit den günstigen und einfachen Fassweinen“, sagt Hoffmann: Großbetriebe aus Südeuropa oder Übersee.

Unterstützung erhält der Experte von Vertretern des Weinhandels, die sich ein größeres Angebot einfacher Weine aus Deutschland wünschen. Und natürlich vom Grotzsch Bürgermeister Maik Kunze: „Bei uns versteht kein Mensch, warum jemand regeln muss, ob wir in unserer Stadt Wein anpflanzen oder nicht.“

Immerhin fanden seine Weinfreunde zwei Schlupflöcher, um die Rebentradition ihres Städtchens fortzuführen. Für genau 99 Quadratmeter erhielten Vereinsmitglieder als Privatpersonen eine Ausnahme Genehmigung, so dass sie zumindest ein paar Liter Wein pressen können. Und im Übrigen werden in Grotzsch jetzt Reben für Tafeltrauben angepflanzt: „Die sehen ganz ähnlich aus und sind zum Glück noch nicht reglementiert in der EU“, sagt Kunze.

MATTHIAS BARTSCH